Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

16.09.1993 - Beschlußprotokoll 37. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
37. Sitzung
16. 09. 93
Nr. 13/535 — 13/550

Nr. 13/535

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Maßnahmen im Lande Bremen zum Erhalt der Erdatmosphäre — Bremen und Bremerhaven im „Klimabündnis der Europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder"
   Große Anfrage der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP vom 26. August 1993
   (Drucksache 13/627)

   Dem Senat wird Fristverlängerung bis zur Februar-Sitzung 1994 gewährt.

2. Bericht des Senats über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen
   Mitteilung des Senats vom 31. August 1993
   (Drucksache 13/634)

Nr. 13/536

Fragestunde

1. Kommission Bremen 2000
   Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn (GRÜNE) vom 9. August 1993

2. Bremer Perspektiven-Labor
   Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn (GRÜNE) vom 9. August 1993

3. Einrichtung eines Krebsregisters
   Anfrage der Abgeordneten Barbara Noack, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 17. August 1993

4. Ausgaben des Bundes und der Länder für die Erhaltung der deutschen Seehäfen und Wasserstraßen
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 19. August 1993

5. Ersatzbau St.-Joseph-Hospital in Bremerhaven
   Anfrage der Abgeordneten Karin Tuczek, Barbara Noack, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 23. August 1993

6. Installation einer Lärmschutzwand an der Nordseite der A 1 zwischen den Anschlußstellen Arsten und Brinkum (erste Nachfrage)
   Anfrage der Abgeordneten Buhlert, Welke und Fraktion der FDP vom 23. August 1993

7. Geringe Menge von Rauschgift (erste Nachfrage)
   Anfrage der Abgeordneten Borttscheller, Kudella und Fraktion der CDU vom 26. August 1993

8. Aufbau eines Krebsregisters
   Anfrage der Abgeordneten Ulrike Schreiber, Kudella und Fraktion der CDU vom 26. August 1993

9. Verzögerungen beim Bau der Lärmschutzwand in Bremerhaven-Speckenbüttel
   Anfrage der Abgeordneten Röwekamp, Kudella und Fraktion der CDU vom 27. August 1993

10. Schleusenneubau Fischereihafen Bremerhaven
    Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 30. August 1993

11. Verlagerung des Containerverkehrs zwischen Bremerhaven und Hamburg auf die Schienen der Privatbahngesellschaft
    Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 31. August 1993

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

12. Langzeitarbeitslose in Bremen/Bremerhaven
    Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 31. August 1993

13. Straftatbestand „Amtsuntreue"
    Anfrage des Abgeordneten Mützelburg (GRÜNE) vom 6. September 1993

14. Bundesverkehrswegeplan / A 281
    Anfrage der Abgeordneten Barsuhn, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 6. September 1993

15. Existenzgründerinnen-Programm
    Anfrage der Abgeordneten Maria Spieker, Karoline Linnert und Fraktion DIE GRÜNEN vom 8. September 1993

16. Zulassung von Pkw von Asylbewerbern
    Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 8. September 1993

17. Verbeamtungspraxis für Lehrer in Bremen
    Anfrage der Abgeordneten Bürger, Elisabeth Motschmann, Kudella und Fraktion der CDU vom 8. September 1993

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 13/537

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Kudella und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Weggang des Landesdrogenbeauftragten wegen Scheiterns der Bremer Drogenpolitik".

Nr. 13/538

Leitlinien für die zukünftige Entwicklung des Einzelhandels in der Stadt Bremen bis zum Jahr 2000

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. Juni 1993
(Drucksache 13/581)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Juli 1993
(Drucksache 13/601)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/539

Bekämpfung der Scientology-Organisation

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Mai 1993
(Drucksache 13/571)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/540

Bekämpfung der Scientology-Organisation

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 18. August 1993
(Drucksache 13/623)

Die Bürgerschaft (Landtag) betrachtet mit Sorge die verstärkten Aktivitäten der Scientology-Organisation.

Die Bürgerschaft (Landtag) bewertet die Scientology nicht als eine Religionsgemeinschaft, sondern als eine allein auf Profit und Macht gerichtete Organisation, die ihre wahren Ziele unter dem Deckmantel der Religionsausübung zu verschleiern versucht.

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt
   - die Mißachtung der vom Grundgesetz vorgegebenen Recht- und Werteordnung durch Scientology,
   - die Arbeitsmethoden der Scientology-Organisation, die zu psychischer und finanzieller Abhängigkeit von Menschen führen,
   - die Überwachung ihrer Mitglieder durch einen organisatonseigenen Geheimdienst,
   - die Einstufung und Behandlung von Kritikern und Gegnern der Scientology als „unterdrückerische Personen",
   - die Unterwanderung und Beeinflussung von Wirtschaftsunternehmen durch die Scientology-Organisation.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt
   - die von Bund und Ländern beschlossene Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe,
   - die von Bund und Ländern beschlossene Einrichtung einer bundeszentralen Informations- und Dokumentationsstelle.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert Bundesregierung und Senat auf, darauf hinzuwirken,

- daß die zuständigen Behörden regelmäßig Erkenntnisse über Aktivitäten und Methoden der Scientology-Organisationen sammeln, auswerten und weitergeben,

- daß den Industrie- und Handelskammern Informationsmaterial zur Verfügung gestellt wird, um Firmen und Betriebe vor einer Unterwanderung durch die Scientology-Organisation, insbesondere hinsichtlich deren Angebote von Management, Schulung und Werbung zu schützen.

- daß mit einer kontinuierlichen breiten Öffentlichkeitsarbeit dem Expansionsdrang der Scientology-Organisation entgegengewirkt wird,

- daß keine Geschäfte jeglicher Art mit Scientology-Organisationen betrieben werden,

- daß Scientology-Organisationen keine Gemeinnützigkeit zuerkannt wird.

4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Empfehlung des Europarates vom Februar 1992, die die Verabschiedung eines Maßnahmenkataloges gegen Sekten von den Mitgliedsstaaten des Europarates anregt und die Resolution des Europäischen Parlaments vom Mai 1984, die ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf verschiedene Rechtsverletzungen neuerer Organisationen, welche im Schutz der Religionsfreiheit arbeiten, vorsieht, in Deutschland umzusetzen.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert außerdem den Senat auf,

   - die Scientology-Organisation hinsichtlich der von ihr ausgehenden Gefahren durch die dafür zuständigen Behörden überprüfen zu lassen,

   - auf der Verwaltungsebene eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit allen die Scientology-Organisation und die ihr nahestehenden Organisationen berührenden Bereichen auseinandersetzt,

   - mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Schuleinrichtungen, der Jugendhilfe, Unternehmen sowie anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, gemeinsame Initiativen zu ergreifen, mit dem Ziel, den Mißbrauch von Menschen zum Zweck des Machtzuwachses und der Profitmaximierung der Scientology-Organisation zu stoppen,

   - der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. März 1994 einen Bericht über die vorgenannten Initiativen vorzulegen.

Nr. 13/541

Keine Entkriminalisierung des Ladendiebstahls

Antrag der Fraktion der CDU
vom 26. Mai 1993
(Drucksache 13/572)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Justiz und Verfassung.

Nr. 13/542

Doppelte Staatsbürgerschaft

Antrag der Gruppe der NK
vom 26. Mai 1993
(Drucksache 13/573)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/543

Absage an Doppelstaatsbürgerschaft
Antrag der Gruppe der DVU
vom 25. Juni 1993
(Drucksache 13/595)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/544

Kosten für Gutachten und Werkverträge begrenzen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. Juni 1993
(Drucksache 13/580)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Juli 1993
(Drucksache 13/600)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/545

Vergabe von Gutachten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. August 1993
(Drucksache 13/620)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Finanzdeputation.

Nr. 13/546

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes (Unterstützung der Arbeit der Allgemeinen Studentenschaft)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juni 1993
(Drucksache 13/583)

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Wissenschaft.

Nr. 13/547

Gesetz zur Änderung des Bremischen Hochschulgesetzes
Mitteilung des Senats vom 31. August 1993
(Drucksache 13/630)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/548

Siedlungshilfe für Kaliningrad (Königsberg)
Antrag der Gruppe der DVU
vom 25. Juni 1993
(Drucksache 13/596)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/549

Gebühren für in- und ausländische Fischereifahrzeuge im Fischereihafen
Antrag der Gruppe der NK vom 18. August 1993
(Neufassung der Drs. 13/593 vom 23. 06. 93)
(Drucksache 13/625)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/550

Gegen linke Boykotthetze und Gesinnungsterror
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 25. Juni 1993
(Drucksache 13/597)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Druck: Hans Krohn, Bremen